



Presseschau vom 16.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Andreas Peter: Hilfe, die Russen ändern ihre Taktik! – Neue Folge der Endlosserie „Wenn der Iwan ...“ <https://sptnkne.ws/mmjn>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Russische Kirche trauert um Notre-Dame-Kathedrale**

Die Russisch-orthodoxe Kirche hat mit Trauer auf den verheerenden Brand in der Kathedrale Notre-Dame in Paris reagiert.

Der Brand sei „eine Tragödie für die gesamte christliche Welt“, sagte ein Vertreter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats im Sputnik-Gespräch. Er verwies darauf, dass in der Notre-Dame-Kathedrale die Dornenkrone, eine für alle Christen heilige Reliquie, aufbewahrt wird.

Der schwere Brand in der Notre-Dame-Kathedrale war am Montagnachmittag aus bisher ungeklärter Ursache ausgebrochen und hatte das historische Bauwerk im Zentrum von Paris schwer beschädigt. Der Spitzturm der Kathedrale und das Dach brachen zusammen.

Menschen wurden ersten Erkenntnissen zufolge nicht verletzt.

Vermutlich hing der Brand mit Renovierungsarbeiten zusammen. Rund 400 Feuerwehrleute kämpften gegen die Flammen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32470/85/324708516.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: Betreibergesellschaft enthüllt Details der neuen Route**

Die Länge der neuen Pipelinerroute für Nord Stream 2 in Dänemarks Gewässern beträgt laut dem dritten Antrag für die Baugenehmigung 164 Kilometer. Somit ist sie 25 Kilometer länger als die Hauptroute, die 139 Kilometer lang sein sollte. Der Sprecher der Betreibergesellschaft Nord Stream 2 AG hat sich zu dem Thema im Gespräch mit Sputnik geäußert.

„Derzeit können wir keinen Einfluss auf die Fristen feststellen... (außerdem – Anm. d. Red.) ist es in der heutigen Phase unmöglich, den Einfluss (der Wahl dieser Route – Anm. d. Red.) auf die Projektkosten im vollen Umfang zu bestimmen“, so der Sprecher.

Dabei könnten die öffentlichen Konsultationen zu dem dritten Antrag, die Dänemark in naher Zukunft einleiten möchte, die Beteiligung Polens erfordern, sagte der Sprecher weiter.

Am 15. April hatte die Nord Stream 2 AG in Dänemark einen Antrag zum Erhalt der Baugenehmigung für die neue Route durch dänische Gewässer eingereicht. Zwei Jahre nach der Einreichung des ersten Antrags geht es bereits um den dritten Genehmigungsantrag.

Dieser bezieht sich auf eine Route durch die dänische ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) in den Gewässern südlich von der Insel Bornholm. Die dänischen Behörden selbst sollen im März das Unternehmen darum gebeten haben, gerade diese Option in Erwägung zu ziehen.

„Die Einreichung erfolgt in Übereinstimmung mit der Entscheidung der Dänischen Energieagentur (DEA) vom 26. März 2019“, hieß es vom Unternehmen.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht den Bau zweier Pipelinestränge mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter pro Jahr vor, die von der russischen Küste durch die Ostsee bis nach Deutschland verlaufen sollen. Laut Plan soll die neue Pipeline Ende 2019 fertiggestellt werden. Sie wird durch die territorialen oder ausschließlichen Wirtschaftszonen der Ostsee-Anrainer Russland, Finnland, Schweden und Deutschland führen. Lediglich die Baugenehmigung vonseiten Dänemarks stehe noch aus.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32050/77/320507726.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5** und **Kalinowo**. Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: Das sollen britische Außenminister in puncto Assange versprochen haben – Zeitung

Boris Johnson, Ex-Außenminister Großbritanniens, und Jeremy Hunt, der derzeitige Außenminister des Landes, haben laut der britischen Zeitung „The Guardian“ dem ecuadorianischen Präsidenten Lenín Moreno schriftlich versichert, dass der WikiLeaks-Gründer Julian Assange nicht in ein Land ausgeliefert wird, in dem ihm die Todesstrafe drohen könnte.

Demnach sollen die von Boris Johnson und Jeremy Hunt unterzeichneten Briefe am 7. März und am 10. August 2018 an Moreno geschickt worden sein.

In den Briefen soll es heißen, dass das britische Gesetz die Auslieferung verbietet, „wenn dem Betroffenen die Todesstrafe droht“. In ein Land, wo eine solche Strafe möglich sei, könne eine Person nur dann ausgeliefert werden, nachdem der Außenminister die Garantie erhalten habe, dass die ausgelieferte Person nicht hingerichtet werde, zitiert das Blatt aus einem Brief.

Assange wurde am vergangenen Donnerstag in der ecuadorianischen Botschaft in London festgenommen. Ecuador hatte ihm zuvor das Asyl sowie seine ecuadorianische Staatsbürgerschaft entzogen. Der 47-Jährige hatte dort seit Juni 2012 im selbstgewählten Exil gelebt. Die USA fordern seine Auslieferung.

Ukrinform.ua: Geraschtschenko erörtert mit US-Kongressmitgliedern Russlands Bedrohungen

Die Vizeparlamentarierin Irina Geraschtschenko hat mit einer Delegation des US-Kongresses die Bedrohungen seitens der Russischen Föderation, die Freilassung der Geiseln und der Polithäftlinge sowie die ukrainische Wahl erörtert.

Dies teilte sie auf Facebook mit.

„Ein aufrichtiges Treffen mit der Delegation des US-Kongresses mit dem Vorsitzenden der Kommission für strategische Partnerschaft und Hilfe für die Ukraine, David Price, an der Spitze. Erörtert wurden die Bedrohungen seitens der Russischen Föderation, die Freilassung der Geiseln und der Polithäftlinge, die Moskau hält, sowie die ukrainische Wahl“, teilte Geraschtschenko mit.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. April 3:00 Uhr bis 15. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 15. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wasiljewka, Krutaja Balka, Spartak, Wesjoloje, Donezk (Siedlung des Abakumow-Bergwerks), Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU in Richtung Dokutschajewsk die Verglasung der Kanalisationspumpstation beschädigt.

Außerdem wurden Schäden an folgenden Häusern festgestellt:

- Schtschorse-Straße 48 – Dach beschädigt;
- Jubilejnaja-Straße 9 – Fassade, Dach beschädigt, ein Auto vom Type GASel wurde durch Splitter beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 172.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 15.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Situation um S-400: Ankara berichtet über Treffen mit Trump in Washington

US-Präsident Donald Trump hat bei einem Treffen mit dem türkischen Finanzminister Berat Albayrak in Washington unter anderem die Lieferungen von russischen Fla-Raketenkomplexen S-400 zur Sprache gebracht. Das berichtete der TV-Sender NTV am Dienstag.

Wie der Sender mitteilte, habe Albayrak das Treffen in allen Fragen, einschließlich der S-400, positiv bewertet.

Die Seiten hätten in Bezug auf die Situation um den S-400-Deal eine vernünftige Herangehensweise an den Tag gelegt.

„Im Zuge des Treffens mit mir hat Trump eine vernünftige Herangehensweise gezeigt, dass der Kauf von S-400 durch die Türkei nötig ist. Demnächst kann sein Treffen mit unserem Präsidenten stattfinden. Die Verhandlungen mit Trump sind in einer positiven Atmosphäre verlaufen und haben gezeigt, welche Bedeutung er der Türkei beimisst“, zitierte der Sender Albayrak.

Laut dem türkischen Verteidigungsminister Hulusi Akar, der sich neben Albayrak ebenfalls zu einem Besuch in Washington aufhält, ist Ankara bereit, Korrekturen in die technischen Parameter der russischen Fla-Raketenkomplexe S-400 einzubringen, sollten die USA beweisen, dass die Komplexe eine Gefahr darstellen.

Was die Forderung der USA anbelangt, die Gültigkeit des S-400-Deals zwischen Russland und der Türkei auszusetzen, betonte Akar, die Sprache der Drohungen und Ultimaten sei im Dialog mit Ankara unzulässig.

„Der Vertrag über die Fla-Raketenkomplexe S-400 und die Teilnahme der Türkei am Programm zum Bau von Flugzeugen der fünften Generation des Typs F-35 hängen in keiner Weise zusammen ... In Syrien sind S-400-Komplexe stationiert. Auch in die Bewaffnung des benachbarten Israels befinden sich F-35. Dabei macht sich Washington keine Sorgen darum.

Eine derartige Situation ist auch im Ostsee-Raum entstanden“, so Akar. Ihm zufolge erörtert die Türkei die Bedingungen für die Lieferung von US-amerikanischen Fla-Raketenkomplexen Patriot zurzeit weiter. Zuvor hatte der türkische Präsident Erdogan bekräftigt, dass die Türkei als souveräner Staat alleine das Recht habe, über den Kauf der S-400-Systeme zu entscheiden. Dieser Schritt werde für die nationale Sicherheit des Landes unternommen. Zuvor hatte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu erklärt, dass Ankara mit Moskau einen weiteren Deal zu Lieferungen von S-400 abschließen könne, sollten die USA der Republik die Lieferungen von Patriot-Luftabwehrsystemen verweigern. Der im Jahr 2017 abgeschlossene Vertrag über die Lieferung der russischen S-400-Komplexe an die Türkei hatte zu diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Ankara und Washington geführt. Das hatte wiederum zur Folge, dass die USA von ihren türkischen Verbündeten verlangen, auf die russischen Komplexe zugunsten der amerikanischen Flugabwehrraketensysteme Patriot zu verzichten.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32238/95/322389579.jpg>

ukrinform.ua: Nord Stream 2 gefährdet auch US-Energiesicherheit – Pompeo

US-Außenminister Mike Pompeo erklärte, dass der Bau der russischen Pipeline Nord Stream 2 nach Deutschland eine Bedrohung, nicht nur für die Energiesicherheit der Europäischen Union, sondern auch für die Vereinigten Staaten darstelle.

Er erklärte dies während einer Ansprache in Texas, meldet Unterinform unter Berufung auf die US-Außenbehörde.

„Wir beobachten, wie die Rohrleitung in Europa gebaut wird, die Deutschland mit Russland so verbindet, dass es sich schlecht auf die deutsche Sicherheit und die Sicherheit der Vereinigten Staaten auswirken wird“, betonte der Außenminister.

Darüber hinaus machte er deutlich, dass die amerikanische Diplomatie und die Energiebranche daran arbeiten, „eine echte Sicherheit, nicht nur für Amerika, sondern auch für Europa zu gewährleisten“.

Bekanntlich setzt sich Washington konsequent für den Baustopp der russischen Pipeline Nord Stream 2 ein, die die Gaslieferungen nach Europa unter Umgehung der Ukraine zum Ziel hat. Die amerikanische Seite betont in diesem Zusammenhang, dass die EU keine Diversifizierung von Gaslieferungen sicherstelle, sondern die eigene Energiesicherheit wegen der Erhöhung der Abhängigkeit von Russland einer Gefahr aussetze. Um eine wahre Diversifizierung zu gewährleisten, entwickeln die USA die Infrastruktur für die Lieferung eigenen Flüssiggases in die Europäische Union.

Dan-news.info: Unternehmen der Republik haben seit Beginn des Jahres aufgrund von

Auflagen der Staatlichen Inspektion zur Fragen der Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung Lohnrückstände in einer Summe von mehr als 55 Mio. Rubel nachgezahlt. Dies teilte heute der leitende staatliche Arbeitsinspektor der DVR Sergej Tschernobriwez mit.

„Im ersten Quartal 2019 wurden bei der Umsetzung von Auflagen staatlicher Arbeitsinspektoren mehr als 55 Mio. Rubel Lohnrückstände an Lohnarbeiter ausgezahlt sowie weitere Zahlungsverpflichtungen in einer Summe von mehr als 2 Mio. Rubel“, sagte Tschernobriwez.

Er unterstrich, dass insgesamt in dem genannten Zeitraum von den Inspektoren 222 Kontrollen über die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung durchgeführt wurden. Die Spezialisten haben 1406 Verstöße festgestellt. Am häufigsten wurden Verstöße bei der Bezahlung für Überstunden, arbeitsfreie und Feiertage sowie bei der Kompensation für nicht genutzte Urlaubstage festgestellt.

Der leitende staatliche Arbeitsinspektor erinnerte daran, dass die Einwohner der DVR Verstöße gegen die Arbeitsgesetzgebung melden können oder Beratung über die Hotline oder bei persönlichen Sprechstunden erhalten können. Im 1. Quartal wandten sich 965 juristische und natürliche Personen mit Beratungsbedarf an die persönlichen Sprechstunden, es wurden 1187 Erläuterungen über die Hotline abgegeben.

de.sputniknews.com: **Brand von „historischem Symbol Frankreichs“: Putin drückt Mitgefühl aus und bietet Hilfe an**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat sein Mitgefühl wegen des heftigen Brands in der Notre-Dame-Kathedrale in Paris geäußert.

Laut dem Kreml-Pressedienst drückte Putin in einem Telegramm dem französischen Präsidenten und der ganzen französischen Bevölkerung in Bezug auf tragische Folgen des Brandes in der Notre-Dame-Kathedrale sein Mitgefühl aus. Er betonte dabei, dass die Russen den Brand in der Kathedrale mit Schmerz in ihren Herzen wahrgenommen hätten.

„Die Notre-Dame-Kathedrale ist ein historisches Symbol Frankreichs, ein unschätzbare Schatz der europäischen und Weltkultur, eines der wichtigsten christlichen Heiligtümer“, sagte der Präsident weiter.

Putin äußerte die Hoffnung, dass die große Kathedrale wieder aufgebaut werden könne, und schlug vor, die besten russischen Fachleute mit einer reichen Restaurierungserfahrung nach Frankreich zu schicken.

Der schwere Brand in der Notre-Dame-Kathedrale war am Montagnachmittag aus bisher ungeklärter Ursache ausgebrochen und hatte das historische Bauwerk im Zentrum von Paris schwer beschädigt. Der Spitzturm der Kathedrale und der Dachstuhl brachen zusammen. Menschen wurden ersten Erkenntnissen zufolge nicht verletzt.

Vermutlich hing der Brand mit Renovierungsarbeiten zusammen. Rund 400 Feuerwehrleute kämpften gegen die Flammen. Laut jüngsten Information ist der Brand komplett gelöscht.

Dan-news.info: „Nach dem langen Stillstand der Jushnodonbasskij-Wasserwerke werden nun die Leitungen wieder gefüllt. **Die Wasserversorgung von Dokutschajewsk und Jelenowka wird gegen 20:00 Uhr in Betrieb sein**“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishaew mit.

Er unterstrich, dass dies möglich wurde, nachdem Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ ein Leck an einem Abschnitt der zentralen Wasserleitung im Gebiet von Krutaja Balka beseitigt hatten. Die Arbeiten wurden am Abend des 15. April abgeschlossen.

Die Einwohner von Dokutschajewsk erhalten seit dem 11. April Wasser aus Reservequellen und nach Jelenowka wurde Wasser angeliefert.

Der Schaden an den Jushnodonbasskij-Wasserwerken erfolgte durch Beschuss durch die ukrainische Armee am 11. April. Die Reparaturen wurden am folgenden Tag begonnen,

mussten aber wegen neuen Schlägen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gestoppt werden und konnten erst am 15. April fortgesetzt werden, nachdem von Seiten Kiews entsprechende Sicherheitsgarantien eingegangen waren.

de.sputniknews.com: **Das ist Hauptursache für Probleme im Nahen Osten und in Nordafrika – Lawrow**

Sergej Lawrow, der russische Außenminister, hat bei einem Auftritt auf der Tagung des Russisch-Arabischen Kooperationsforums die Ursachen der im Nahen Osten sowie in Nordafrika vorhandenen Probleme thematisiert und seine Meinung dazu geäußert.

„Heute liegt der Schwerpunkt unserer Diskussionen natürlich auf der Situation im Nahen Osten und in Nordafrika, einschließlich solcher akuten Probleme wie die Regelung des palästinensisch-israelischen Konflikts, die Krise in Syrien, Libyen, Jemen, aber auch die Bekämpfung des Terrorismus und die Aufgaben der Nichtverbreitung von Atomwaffen“, sagte Lawrow.

Er wies darauf hin, dass die zahlreichen Probleme der Region „maßgeblich in den nicht aufgehenden Versuchen von außen verwurzelt sind, sich in die inneren Angelegenheiten der Staaten einzumischen“, die im Nahen Osten und in Nordafrika liegen.

„Wir glauben, dass die Verknüpfung unserer Bemühungen besonders gefragt ist, um die schwierige Situation in Ihrer Region im Interesse der endgültigen Zerschlagung des Terrorismus und der Schaffung eines Raums des Friedens und der Sicherheit zu stabilisieren“, so der russische Außenminister weiter.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32315/47/323154701.jpg>

Dan-news.info: „Trotz der Kriegshandlungen, einem Defizit an Mitteln und einem sehr schneereichen Winter, hat das staatliche Unternehmen „Donbassteploenergo“ die **Stabilität der Funktion der Zentralheizungssysteme** in allen Städten und Bezirken der Republik gewährleistet. Die Mitarbeiter des Unternehmens haben große Störungen an den Heizaggregaten und Leitungen und damit längere Unterbrechungen vermieden“, teilte das staatliche Unternehmen „Donbassteploenergo“ mit.

Notwendige Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Heizungsobjekten und Heizungsleitungen wurden in den vorgeschriebenen Zeiträumen erledigt. Dabei hat sich die Zahl der Störungen in der letzten Heizsaison im Vergleich zur Saison 2017-2018 um 10% verringert.

„Eine Analyse der Struktur der Ursachen der Ausfälle von Heizwerken hat gezeigt, dass nur in einem von 10 Fällen die Heizung wegen Lecks an Leitungen oder aufgrund des Ausfalls der Heizenergieausrüstungen ausfiel. In 85% der Fälle entstanden die Störungen bei der

Heizungsversorgung in der Saison 2018-2019 aufgrund von Stromabschaltungen an den Heizungsversorgungsobjekten“, fügte das Unternehmen hinzu.

„Im Investitionsprogramm des staatlichen Unternehmens ‚Donbassteploenergo‘ für 2019 ist die Rekonstruktion von 19 Heizwerken, der Austausch von 17 Kesseln, von Pumpeinrichtungen und 66,3km Heizleitungen vorgesehen, bei den Arbeiten zum Austausch von Heizleitungen ist die Verwendung von Materialien aus der humanitären Hilfe vorgesehen: 54,1 km Stahlrohre, 10,6 km Plastikrohre.

Es sind groß angelegte Arbeiten zur Isolation der oberirdischen Heizleitungen mit Polyurethanschaumschalen vorgesehen. Dies ist effektiver und haltbarer und wird den Wärmeverlust auf ein Drittel senken. Außerdem werden vorisolierte Rohre verwendet, was die Montage schneller macht und die Wärmeverluste senkt.

Das staatliche Unternehmen hat vor, den Park an Spezialtechnik und Fahrzeugen auszuweiten. Es sollen insgesamt 13 Bagger, Kräne und andere Technik beschafft werden. Die neuen Fahrzeuge werden in Donezk, Makejewka, Gorlowka, Schachtjorsk und anderen Städten der DVR zum Einsatz kommen.

Das staatliche Unternehmen „Donbassteploenergo“ ist der Lieferant für Heizenergie in der DVR. Das Unternehmen wurde durch einen Erlass des Ministerrats vom 16.10.15 geschaffen. Heute hat es 15 Unterabteilungen. In der Heizperiode arbeiten dort etwa 12.000 Menschen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Staatsduma billigt Gesetz: Fußball-Fans dürfen 2020 visafrei zur Euro nach Russland

Die russische Staatsduma hat in dritter Lesung ein Gesetz verabschiedet, das die visafreie Einreise von Fußball-Fans zur Euro 2020 ermöglicht, die in zwölf europäischen Städten stattfindet.

Besitzer von Tickets für die Spiele in St. Petersburg im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2020 dürfen visafrei in diese russische Stadt einreisen. Man braucht nur Ausweispapiere. Die Einreise von UEFA-Volontären wird aufgrund humanitärer Visa verwirklicht.

Zuschauer mit Eintrittskarten für die Euro-Spiele dürfen unter anderem gratis den öffentlichen Verkehr in der Stadt nutzen.

Die Fußball-Europameisterschaft 2020 findet vom 12. Juni bis 12. Juli in zwölf europäischen Städten statt. Drei Gruppenspiele und ein Achtelfinale werden in St. Petersburg ausgetragen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32471/56/324715688.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.04.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **15-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando der Kriegsverbrechers Kuratsch **Sachanka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadierbrigade, der 93. und der 24. mechanisierten Brigade sowie der 35. Marineinfanteriebrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Mischantschuk, Bryshinskij, Guds und Palas aus **Wasiljewka, Spartak, Wesjoloje, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Staromichajlowka, Krutaja Balka** und die **Siedlung des Abakumow-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, Abwehrgeschützen und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 46 Mörsergeschosse abgefeuert, davon 33 des Kalibers 120mm.

Während Poroschenko zum Zweck der Hebung seines eigenen Ratings verlogene Versprechungen über die Bereitschaft zur Einführung eines weiteren Regimes der Feueinstellung abgibt, **verstärken die ukrainischen Kämpfer die Aggression** gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass.

Gestern haben Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade sich wieder auf zielgerichtetes Feuer auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur von Dokutschajewsk konzentriert. Infolge von Mörserbeschuss wurde die Verglasung der Kanalisationspumpstation beschädigt. Außerdem wurde in der Schtschorse-Straße 48 das Dach eines Hauses beschädigt, in der Jubilejnaja-Straße 9 ein ziviles Auto vom Typ „Gasel“ durch Splitter beschädigt. Zum Glück gab es diesmal keine Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Wie bereits mitgeteilt wurde, verwendet das Kommando der Besatzungskräfte aktiv käufliche Massenmedien zur **Erstellung von gestellten Videoreportagen**, die die Öffentlichkeit davon überzeugen sollen, dass die Volksmiliz die Minsker Vereinbarungen verletzt und die Handlungen der ukrainischen Kämpfer im Donbass angeblich Verteidigungscharakter haben. Nach uns vorliegenden Informationen werden die genannten Materialien **am 19. April im Vereinigten Zentrum für militärisch-zivile Zusammenarbeit in Kramatorsk** während eines Treffens mit einer Delegation des OSZE-Mission in der Ukraine unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden M. Etherington **gezeigt** werden. Es wäre absolut nicht zu viel, wenn der Kommandeur der Besatzungskräfte Najew bei diesem Treffen persönlich die Beweise seiner „Errungenschaften“ in den letzten Tagen demonstrieren würde, nämlich die Verletzung eines 12-jährigen Mädchen in der LVR sowie die zahlreichen Beschießungen von Arbeitern von Störungs- und Wiederaufbaubrigaden, die versuchten die Schäden an den Hauptwasserleitungen im Gebiet von Krutaja Balka zu beseitigen. Aber natürlich wird Najew über diese „Heldentaten der siegreichen ukrainischen Armee“ schweigen.

Der anhaltende Niedergang des moralisch psychischen Zustands und der Disziplin in den Reihen der ukrainischen Kämpfer ruft beim Kommando der Besatzungskräfte Besorgnis hervor. In erster Linie ist eine Zunahme von Rechtsverletzungen und Kriminalität in den Einheiten zu bemerken, deren Rotationszeitpunkt im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen verschoben wurde. Unter den am meisten demoralisierten Brigaden steht die 79 Luftsturmbrigade an der Spitze.

Der „Ruhm“ bezüglich der Verbrechen gegen friedliche Bürger und zahlreiche Fakten der Verweigerung von Befehlen in den Reihen der „Elite“ der ukrainischen Armee ist bis Kiew gelangt. Um dem unfähigen Brigadekommandeur Kuratsch zu helfen, die erzürnten Luftlandesoldaten zu beruhigen, wurde in Richtung Mariupol eine Kommission unter Leitung des Kommandeurs der Luftsturmtruppen Sabrodskij in den Verantwortungsbereich der 79. Luftsturmbrigade geschickt.

Als er sich mit der Lage auseinandersetzte, begriff der Kommandeur der Luftsturmtruppen, dass er nicht in der Lage ist, etwas zum Besseren zu verändern, solange die in den Schützengräben festsitzenden Untergebenen nicht nach Hause zurückkehren. Sabrodskij befürchtet ernsthaft, mit Schande aus der Armee gejagt zu werden, wenn sein Herr aus dem Land fliehen sollte, nachdem er die zweite Runde der Wahlen verloren hat. Deshalb hat die Führung der Luftsturmtruppen beschlossen, dem Generalstab über einen weiteren vorgeblichen Sieg zu berichten. **Heute hat der Stab der Besatzungskräfte von einer mythischen Diversions- und Erkundungsgruppe der Volksmiliz berichtet, die angeblich die Positionen ukrainischen Luftlandesoldaten in Richtung Mariupol gestürmt hat.** Insgesamt erfolgte alles nach einem eingespielten Szenario: sich selbst eine Diversions- und Erkundungsgruppe ausdenken, sie dann selbst erfolgreich „vernichten“.

de.sputniknews.com: „**Souveränes Internet“: Russland sichert sich vor Rauschmiss aus WWW ab**

Sergej Pirogow

Die Staatsduma, das Parlamentsunterhaus in Moskau, hat am Dienstag ein Gesetz verabschiedet, das das Internet im Land vor eventuellen Angriffen aus dem Ausland schützen soll. Bevor die neue Regelung rechtskräftig wird, müssen noch das Oberhaus und Präsident Wladimir Putin zustimmen. Kritiker befürchten dadurch die Isolation und Zensur.

Für das Gesetz über das „souveräne Internet“ stimmten in dritter und letzter Lesung am Dienstag 307 Duma-Abgeordnete, 68 waren dagegen. Laut dem Papier soll der russische Internetverkehr zukünftig über Server im eigenen Land geleitet werden.

Dadurch soll das reibungslose Funktionieren des Runet auch bei einem Ausfall oder einer Attacke aus dem Ausland sichergestellt werden. Die Autoren hatten ihre Gesetzesinitiative unter anderem mit Drohungen aus den USA begründet, Russland für angebliche Hackerangriffe zu bestrafen.

Darüber hinaus verpflichtet das Gesetz die Anbieter zur Installation spezieller Ausrüstungen, die die Quellen von Datenverkehr identifizieren und in der Lage sein sollen, verbotene Inhalte zu filtern. Bisher haben die Provider selbst den Zugriff auf gesetzlich verbotene Inhalte zu sperren. Daten von Behörden und Staatsunternehmen sollen durch zusätzliche Verschlüsselung geschützt werden. Unternehmensinterne Netzwerke ohne Anschluss ans World Wide Web sind aus dem Gesetz ausgenommen.

Nach Angaben der Zeitschrift RBC könnte die Umsetzung des neuen Gesetzes rund 30 Milliarden Rubel (mehr als 400 Millionen Euro) kosten.

Isolation oder vorsorgliche Schutzmaßnahme?

Die Maßnahmen sollen im Fall der Fälle dafür sorgen, dass russische Onlinedienste auch noch funktionieren, wenn es für die russischen Anbieter unmöglich werden sollte, sich an Server im Ausland anzuschließen, sagen die Autoren.

Dennoch gibt es Kritik: Gegner der neuen Regelung sehen darin die Gefahr von Zensur und eine Bedrohung für die Internetfreiheit. Im März hatten Tausende Menschen in Moskau gegen das Runet-Gesetz demonstriert.

Die Autoren und Regierungspolitiker wiesen die Bedenken als unbegründet zurück: Die neuen Regelungen seien lediglich eine Sicherheitsvorkehrung und hätten mit Isolation oder Zensur nichts zu tun.

So versicherte Regierungschef Dmitri Medwedew Ende März, in Russland werde es keinerlei Internet-Regulierung nach chinesischem Muster geben. Anfang April machte sich Staatschef Wladimir Putin für die Freiheit im Netz stark.

Oberhauschefin Walentina Matwijenko sagte in der vergangenen Woche, Russland wolle sein Internet auf keine Weise von der restlichen Welt abkapseln. Ihr zufolge will sich Russland gegen die Gefahr absichern, dass ausländische Mächte seine Verbindungen nach außen

kappen.

„Wir verbieten die Arbeit westlicher Server in unserem Land nicht, sondern begrüßen sie sogar und wollen sie integrieren“, sagte der Vorsitzende des zuständigen Duma-Medienausschusses, Leonid Lewin, nach der Annahme des Gesetzes am Dienstag. Für einen durchschnittlichen Nutzer ändere sich dadurch nichts.

„Es ist nicht das Ziel des Gesetzes, etwas zu blockieren, was bis jetzt nicht blockiert wurde“, so Lewin.

Das Parlaments-Oberhaus (Föderationsrat) will am 22. April über das Runet-Gesetz abstimmen. Danach soll das Papier Staatspräsident Wladimir Putin zur Unterschrift vorgelegt werden.

Für das Inkrafttreten des Gesetzes ist eine Übergangszeit bis November vorgesehen. Die Bestimmungen, die den kryptografischen Schutz des Datenverkehrs und die Schaffung eines unabhängigen Domain Name System (DNS) vorschreiben, sollen aber erst am 1. Januar 2021 Rechtskraft erlangen.

Im März dieses Jahres waren in Russland bereits zwei weitere Gesetze in Kraft getreten, die sich gegen die Veröffentlichung von Falschnachrichten sowie von menschenverachtenden und staatsbeleidigenden Informationen im Internet richten und hohe Geldstrafen für Sünder vorsehen. Damals hatte der vom Kreml eingesetzte Menschenrechtsrat Bedenken geäußert.

mil-Inr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt aber kontrollierbar. Die ukrainischen Streitkräfte beschießen weiter Ortschaften der Republik. Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde auf Befehl des Bataillonskommandeurs Wysokoljan die Umgebung von **Solotoje-5** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde das Gebiet von **Kalinowo** auf Befehl der Kriegsverbrecher des Kommandeurs des 1. Bataillons Major Kibalnikow mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **mehr als 40 verschiedene Geschosse abgefeuert**.

Wir erhalten weiter **Informationen über Fälle von Desertion von Soldaten aus der Zone der Strafoperation**.

So hat ein Soldat der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Popasnaja, der den Druck und die Erniedrigungen von Seiten der Kameraden nicht mehr aushielt, den Truppenteil verlassen und seine Dienstwaffe, eine AK-74 mit vollem Munitionssatz, mitgenommen. Das Brigadekommando verheimlicht den Vorfall traditionsgemäß gegenüber dem übergeordneten Stab.

Die derzeitige Kiewer Regierung verstärkt im Vorfeld der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen ihre **Aktivität zur gewaltsamen Nötigung von ukrainischen Soldaten, am 21. April ihre Stimmen für Poroschenko abzugeben**.

Nach Informationen einer unserer Quellen sind am 14. April im Stab der 10. Gebirgsturmbrigade Mitarbeiter des SBU und der militärischen Gegenaufklärung eingetroffen. Ziel des Besuchs ist die Einschüchterung und Erpressung von Soldaten, die kleinere Rechtsverletzungen begangen haben, sowie eine demonstrative Fälschung der Angelegenheiten und die Demonstration der Folgen, wenn diese Materialien zur Geltung gebracht werden, falls sie nicht für Poroschenko stimmen.

Die Arbeit der Mitarbeiter mit Besuchen aller Einheiten der Brigade ist bis einschließlich zum 21. April geplant.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog und bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts, aber im Fall von Provokationen von Seiten des Gegners, sind wir zu äußerst entschiedenen Handlungen bereit. Wir erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und die Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik. In den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR werden Übungen durchgeführt.

de.sputniknews.com: **Putin bringt es auf den Punkt: Im Bereich Weltraum nicht auf der Stelle treten**

Wenn Russland im Bereich Weltraum „auf der Stelle tritt“ oder ständig über seine bisherigen Errungenschaften redet, wird es laut dem russischen Staatschef Wladimir Putin einfach unmöglich sein, das Versäumte aufzuholen. Er sagte dies in einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates, die der Entwicklung der Weltraumindustrie gewidmet war.

„Die Hauptrichtung ist die Steigerung der Exporte. Laut Expertenschätzungen beläuft sich das Volumen des globalen, mit dem Weltraum verbundenen Servicemarktes auf rund 183 Milliarden US-Dollar pro Jahr, dabei wird er in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch weiter wachsen. Sollten wir auf der Stelle treten oder ständig über unsere Errungenschaften aus der Vergangenheit reden, wird es unmöglich sein, das Versäumte aufzuholen“, so Putin. Ihm zufolge ist es für Russland wichtig, seine Vorteile maximal auszunutzen. „Und wir haben sie, sie sind offensichtlich, dies ist eine gemeinsame Aufgabe der Regierung und aller interessierten Ressorts und natürlich (des russischen Raumfahrtkonzerns – Anm. d. Red.) Roskosmos.

In Bezug auf Roskosmos fügte Putin hinzu, dass das notwendige Stadium der Reorganisation der Staatskorporation abgeschlossen sei und zur systematischen, zielgerichteten Tätigkeit übergegangen werden müsse. Zudem sollten jene offensichtlichen Probleme gelöst werden, die die Entwicklung der Raketen- und Weltraumindustrie behindern würden.

„Zum Beispiel sind die Preis- und Zeitparameter, die bei der Vorbereitung von Weltraumprojekten festgelegt werden, oft nicht adäquat begründet. Im Ergebnis werden geplante Fristen verschoben, zudem steigen auch die Haushaltsausgaben wie oft in den letzten Jahren“, betonte der russische Präsident.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32413/00/324130017.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland erkennt neue Regierung im Sudan an**

Moskau hat laut dem Vize-Außenminister Russlands, Michail Bogdanow, die neue Macht im Sudan anerkannt. Michail Bogdanow ist gleichzeitig der Nahost- und Afrika-Sondergesandte des russischen Präsidenten.

„Ja, natürlich“, bestätigte Bogdanow gegenüber Journalisten auf die Frage hin, ob Moskau die

neue Macht im Sudan anerkenne und die Kontakte zu ihr pflege.

Im Sudan war am 11. April ein Staatsstreich erfolgt, infolgedessen der Präsident Umar al-Baschir in Haft genommen wurde und Militärs die Macht ergriffen. Am 12. April übernahm Abdel Fattah Al-Burhan die Führung im Militärischen Übergangsrat.

Zuvor hatte Al-Burhan die verhängte Polizeistunde und den Notstand aufgehoben. Wie er mitteilte, werde der Übergangsrat maximal zwei Jahre agieren. Zudem bestätigte er die Verpflichtung, die Macht an eine zivile Regierung zu übergeben.